



Beschlussvorlage

Amt: Amt für Kultur, Sport und Öffentlichkeitsarbeit

TOP: _____

Vorl.Nr.: V/2013/3328

Anlage Nr.: _____

Datum: 12.11.2013

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Rat	25.11.2013	öffentlich

Tagesordnung

Distanzierung von im April 1933 erfolgten Ernennungen zu Ehrenbürgern

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Hennef distanziert sich von der Ernennung Adolf Hitlers und Paul von Hindenburgs zu Ehrenbürger der Gemeinde durch die Amts- und Gemeindevertreter in Hennef am 10. April 1933.

Begründung

Am 10. April 1933 ernannten die Amts- und Gemeindevertreter in Hennef Adolf Hitler sowie Paul von Hindenburg zu Ehrenbürgern der Gemeinde. Im Zuge einer Anfrage an die Pressestelle der Stadt hat sich nun gezeigt, dass diese Ernennungen nie formell rückgängig gemacht wurden. Laut der Gemeindeordnung NRW kann der Rat „Beschlüsse über die Verleihung oder die Entziehung des Ehrenbürgerrechts“ fassen (§ 34, Abs. 2). Im Allgemeinen geht die Meinung aber dahin, dass Ehren-Bürgerschaften üblicherweise auf Lebenszeit verliehen werden, mit dem Tode erlöschen und daher nicht posthum formell entzogen werden.

Unabhängig von dieser Frage distanziert sich der Rat der Stadt ausdrücklich und nachhaltig von der Ernennung Adolf Hitlers zum Ehrenbürger der Gemeinde.

Mit der Distanzierung von der Ernennung Hitlers zum Ehrenbürger verbindet der Stadtrat zugleich eine Distanzierung von der ebenfalls am 10. April 1933 erfolgten Ernennung des damaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Mit seiner Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, der Auflösung des Reichstages am 1.2.1933, der von ihm unterzeichneten „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes“, der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ und dem ebenfalls von ihm unterzeichneten „Ermächtigungsgesetz“ hat er den Übergang in eine Diktatur entscheidend mitverantwortet.

Zugleich und ebenso entschieden unterstreicht der Stadtrat die große Bedeutung der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, deren Namen und Geschichten nicht vergessen werden dürfen. Der Rat begrüßt ausdrücklich jede Form und Möglichkeit der Erinnerung an die ermordeten Hennefer Mitbürgerinnen und Mitbürger, beispielsweise die durch

bürgerschaftliches Engagement geschaffene Gedenkstätte im Rathaus mit Nennung der Namen aller jüdischen Opfer, die Verlegung von Stolpersteinen, den vom Ökumenekreis der katholischen und evangelischen Kirche durchgeführten jährlichen Gang des Gedenkens oder aktuell die Unterstützung einer Gedenkstätte in Maly Trostenez in Weißrussland, wo nach heutigen Erkenntnissen fast alle während der NS-Zeit aus Hennef verschleppten Juden ermordet wurden (<http://www.ibb-d.de/trostenez.html>).

Hennef (Sieg), den 12.11.2013

Klaus Pipke